

Landtagswahl wir(d) kommen

Jedes Mitglied zählt: Der Wiedereinzug in den Landtag MUSS gelingen!

Am 20. Januar 2013 werden die sechs Millionen Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens über die Zusammensetzung des neuen Landtages entscheiden. Rund 500 000 von ihnen haben schon einmal DIE LINKE gewählt oder erwägen, DIE LINKE zu wählen. Wenn wir jeden zweiten dieser Köpfe in den vor uns liegenden Tagen überzeugen können, uns seine Stimme zu geben, sind wir wieder mit einer Fraktion im Niedersächsischen Landtag vertreten. Wenn nicht, dann nicht.

Viel hängt von der politischen Lage auf der Bundesebene ab. Seit dem Göttinger Parteitag haben wir Rückenwind. Unsere neuen Vorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping helfen wo sie können. Alle Landesverbände wissen, was für die Bundespartei auf dem Spiel steht und werden uns so viele Helfer zum Plakatieren und Verteilen schicken, wie wir ihnen Betten und Sofas zur Verfügung stellen können.

Ob die 250 000 Menschen, die uns wählen müssen, das tun, hängt aber vor allem von uns ab: Von Dir, von jedem unserer rund 3000 Mitglieder zwischen Nordsee und Harz.

Dabei geht es nicht um uns selbst. Wenn es denjenigen, die sich an Banken-Deregulierung, Minilöhnen, Hartz-IV-Gesetzen, Steuersenkungen für Millionäre und den ganzen anderen Gesetzen von CDUSPDPDFPGRÜNEN in den letzten Jahren dumm und dämlich verdient haben, tatsächlich gelänge, uns aus dem Landtag zu kippen, hätten sie freie Bahn. Egal wie

dann die Regierung aussähe: Es gäbe fünf Jahre ohne unsere unbeirrbar Stimme für soziale Gerechtigkeit in diesem Landtag. Es gäbe dort den Einheitsbrei aus ganz viel oder nur ein bisschen Bildungsabbau, aus ganz viel oder nur ein bisschen Studiengebühren, aus ganz schnellem oder ganz langsamem Zerfall unserer Krankenhäuser – und mit Sicherheit keinen Widerstand gegen die Spekulanten, denen weiter Steuergelder in Milliardenhöhe zufließen und mit Sicherheit zu wenig Widerstand gegen das menschenfeindliche Atomprogramm.

Aber sie werden uns da nicht rauskippen. Da, wo wir jetzt auf die Straße gehen – das werden die vielen Mitglieder bestätigen können, die in den letzten Wochen trotz Regen und Kälte auf der Straße waren – schlägt uns Sympathie entgegen: von Gewerkschaftern, die – wie die Nordseewerker – wissen, was sie an uns haben, von Umweltbewegten, die unsere Unerschrockenheit schätzen, die Hartz-IV-Empfänger, die wissen, dass nur wir unbestechlich gegen die Armut kämpfen. Für sie vor allem kämpfen wir unseren großen Kampf um jede Stimme am 20. Januar 2013.

Wir haben alles, was wir für einen Erfolg brauchen. Wir haben ein breit diskutiertes Programm. Wir haben eine sorgfältig gewählte Landesliste mit erfahrenen Landtagsabgeordneten und frischen Kräften. Wir haben Direktkandidatinnen und



Direktkandidaten, die keine Podiumsdiskussion zu scheuen brauchen. Wir haben eine einmütig verabschiedete Wahlstrategie und klasse Plakate, die es auf den Punkte bringen: Statt Spekulanten soziale Gerechtigkeit stärken.

Jetzt hängt alles davon ab, dass wir bis zum 20. Januar unser Gesicht nach außen wenden und freundlich, pfiffig und im Bewusstsein, dass wir recht haben, um jede Stimme werben. Jedes Mitglied zählt. Auf geht's!

*Dr. Manfred Sohn, MdL,
Vorsitzender Die Linke Niedersachsen,
Spitzenkandidat Liste 5*

**Damit Wohnen bezahlbar bleibt:
Mieten deckeln,
sozialer Wohnungsbau jetzt!**
Wohnungspolitische Konferenz der Partei DIE LINKE
16. Dezember 2012, 11 bis 17 Uhr im InterCityHotel Göttingen
DIE LINKE.
Live-Übertragung: livestream.die-linke.de

Aus dem Inhalt:					
Wahlkampffahrplan	Seite 2	Bilanz Landtagsfraktion	Seite 6	Europas Grenzen und Krisen	Seite 11
Europäischer Streiktag	Seite 3	Assebesuch	Seite 7	Mentoring-Programm	Seite 13
Kurzwahlprogramm	Seite 5	UmFairteilen	Seite 9	Landtagswahltermine	Seite 14
		Gorleben-Ausschuss	Seite 10	LiU & „konkrete Demokratie“	Seite 15

Editorial

Liebe GenossInnen, vor uns liegt die Landtagswahl. Es gibt im Landtag keine Alternative zur Fraktion DIE LINKE. In dieser Ausgabe unserer Mitgliedszeitung möchten wir mit unserem Schwerpunkt alle Mitglieder fit machen für den Wahlkampf. Es liegt an uns, ALLES zu geben und wir sind sicher, dass ihr mitzieht, damit der Sprung über die Hürden genommen werden kann. Unsere Wahlkampfplakate drücken alle brennenden Themen aus, wir haben sie abgedruckt und unser Kurzwahlprogramm in der Zeitung nicht zuletzt für jedes Mitglied veröffentlicht.

Wir müssen die Bewegung aus der wir kommen mit einbeziehen, das gilt für die Gewerkschaften, für die Antiatombewegung, die Frauenbewegung, die Erwerbsloseninitiativen. Mit dieser Ausgabe greifen wir Themen auf, die aus der Bewegung kommen: Gewalt an Frauen, Umweltmüll, streikendes Europa. Wir zeigen unsere Möglichkeiten zur Einflussnahme: Mietkonferenz in Göttingen, Postkartenaktion für das Bleiberecht von Opfern von sexueller Gewalt, Veranstaltungen mit den Gewerkschaften.

Was war-was bleibt-was kommt? Hans-Henning Adler blickt auf die Landtagsfraktionsarbeit für uns zurück. Wir müssen mit Blick zurück nach vorne denken und mit der Bewegung handeln. Der Ratschlag im Januar nach der Wahl wird wegweisend sein.

Uns allen gutes Gelingen.

Nanni Rietz-Heering

Statt Sp€kulanten Kinder beschenken!

Die Landtagswahlkampagne 2013

Mit Spekulationen an den Finanzmärkten setzen die Banken jeden Tag Milliarden um. Doch was für die „Global Player“ riesige Gewinne bedeutet, birgt für die Allgemeinheit ebenso große Risiken. 2008 löste die Spekulation eine Weltfinanzkrise aus, und der Staat stellte Billionen bereit, um den Zusammenbruch der sogenannten „systemrelevanten“ Großbanken zu verhindern. Das bedeutet: Solange die Spekulanten gewinnen, streichen sie privat ihre Gewinne ein – machen sie dagegen Verluste, soll der Steuerzahler dafür aufkommen. Und das Geld, das verschleudert wird, um die Finanzmärkte zu retten, fehlt dann dort, wo es wirklich gebraucht wird: Um verrottende Krankenhäuser zu sanieren, um Bildung kostenlos anzubieten oder um die Rente so zu gestalten, dass alle, die ein Leben lang arbeiten mussten, im Alter davon leben können.

Wir wollen in unserem Wahlkampf als LINKE in Niedersachsen diesen Widerspruch zum Thema machen, der von tausenden Menschen täglich erlebt wird. Unter den gegenwärtigen Umständen muss eine linke Partei die Verteilungsfrage und somit die Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen. Dabei wollen wir mit einer freundlichen Tonalität und positiven Botschaften für unsere Position werben und dabei doch sagen, dass einer Politik, der das menschliche Maß abhandengekommen ist, ein Riegel vorgeschoben werden kann.

Die Kampagne zur Landtagswahl besteht nicht nur aus Plakaten, diese sind aber das gemeinsame stilbildende Element. In der Vorweihnachtszeit wollen wir mit dem Plakat „Nicht Sp€kulanten, Kinder beschenken“ bewusst die Vorweihnachtsituation aufgreifen. Mit den Kernthemen gebührenfreie Bildung, armutsfesten Löhnen und Renten, der Ablehnung des Atomklos Niedersachsen und Gesundheit wollen wir die Felder besetzen auf denen die Ungerechtigkeit für die Wählerinnen und Wähler voll erfahrbar wird. Überall im Land fehlen Kita-Plätze und gute Schulen, jedes sechste Krankenhaus ist von Schließung bedroht. Während die SPD alles unter Finanzierungsvorbehalt stellt, legen wir in unserem Wahlprogramm eine verlässliche Alternative vor. Ein Beispiel: Wer DIE LINKE wählt, spart über 1000 Euro an Bildungsgebüh-

ren, da wir diejenigen sind, die dem Spuk der Studiengebühren bereits zum Sommersemester 2013 ein Ende machen wollen.

Neben den Plakaten werden wir gemeinsam mit unseren bundesweit bekannten Spitzen Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi über die Marktplätze ziehen. Wir wollen die Kampagne auch als ein Zeichen für eine europäische Solidarität verstehen. Deswegen ist es gut, dass uns der Vorsitzende der griechischen Syriza, Alexis Tsipras, im Wahlkampf unterstützen wird.

Ein besonderer Schwerpunkt ist dieses Jahr auch der Internet-Wahlkampf. Auf der neuen Internet-Seite www.wir-waehlen-links.de werden alle Informationen und Materialien zusammengeführt. Ansonsten möchte ich auch auf den Facebook-Auftritt des Landesverbandes Niedersachsen verweisen, der schon jetzt eine immer größere Reichweite hat.

Diese Kampagne funktioniert, wenn wir sie alle gemeinsam als unsere Kampagne begreifen und die Menschen auf den Weihnachtsmärkten, den Fußgängerzonen oder aber auch im direkten Gespräch unter Freunden und Bekannten davon überzeugen, DIE LINKE am 20.1. zu wählen. Diese Wahl ist gewinnbar, fangen wir es an!

Jörn Jan Leidecker, Landeswahlkampfleiter



Lasst uns gemeinsam kämpfen

Für eine sozialere Politik in Niedersachsen



Liebe Genossinnen und Genossen, Niedersachsen, zweifellos ein schönes Land, schreckt ab, besonders junge Leute! Die Gründe dafür sind einleuchtend. Nirgendwo sonst – außer in Bayern, wo die Studiengebühren von 500 Euro gerade wieder abgeschafft werden sollen – müssen junge Leute so hohe Semesterbeiträge bezahlen wie in der Landeshauptstadt Niedersachsens. Mit 822 Euro Eintrittsgebühren an der Universität Hannover hält Niedersachsen den traurigen Rekord im bundesweiten Ranking der sozialen Selektion im Bildungsbereich. Das muss sich ändern!

Bildungspolitik ist ein wichtiges Politikfeld, um die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Oben und Unten nicht weiter zu vertiefen. Diese Erkenntnis vereinnahmen inzwischen auch fast alle politischen Konkurrenten. Sie beten die Abschaffung der Studiengebühren einem Mantra gleich herunter, so als wären sie an der Einführung dieser Bildungshürden völlig unbeteiligt gewesen.

Deshalb ist es wichtig, dass DIE LINKE, dass wir in den Landesparlamenten vertreten sind, um für längeres gemeinsames Lernen in Schulen zu kämpfen. Nach wie vor gehört Deutschland wegen seiner rigiden Selektionspolitik in der Schule zu den Ländern, in denen Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten die schlechtesten Chancen haben, einen besseren Schulabschluss zu erreichen als ihre Eltern. Wenn wir als Gesamtpartei für soziale Gerechtigkeit streiten, dann ist Bildungsgerechtigkeit ein zentrales Thema, das Bundes- und Landespolitik verbindet.

Unser Einzug in den Landtag von Niedersachsen ist nicht nur enorm wichtig für die Politik in Niedersachsen. Sie ist auch ein bundespolitisches Signal gegen die Maßlosigkeit der Managergehälter und gegen die Rettung der Banken auf Kosten der Normalverdienerinnen und Normalverdiener. LINKE Politik ist auch ein soziales Zeichen für mehr soziale Gerechtigkeit: für den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, für gute öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen, Nahverkehr, Krankenhäuser oder Schwimmbäder und Bibliotheken. Dafür müssen wir jetzt alle Kraft aufbringen, um den Wiedereinzug in den Landtag zu garantieren.

Uns allen ist bewusst, wenn DIE LINKE nicht mehr im Landtag vertreten wäre, hätten Union und FDP ihr Ziel erreicht. Sie werden behaupten, die Normalverdienenden und sozial Schwachen würden sich nicht mehr zur Wehr setzen. Sie werden ihre Angriffe auf eine Rente, von der man im Alter leben kann, fortsetzen, sie werden weiterhin die Staaten verschulden,

Schwerpunkt

um die Banken zu retten, sie werden weiter öffentliches Eigentum privatisieren und den Wählerinnen und Wählern weismachen wollen, es gäbe keine Alternativen. Und die SPD wird glauben, ihre zaghaften Korrekturen wären ausreichend. Nein, das alles ist nicht neu, es hat System.

Setzen wir mit dem Wiedereinzug der LINKEN in Niedersachsen ein Zeichen, dass die LINKE auch im Westen fest verankert ist. Es wäre auch ein riesiger Motivationsschub und ein toller Start für den Bundestagswahlkampf.

*Katja Kipping und
Bernd Riexinger,
Parteivorsitzende*



Solidarität mit den Streikenden in Europa

Am 14. November 2012 rief der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu einem europaweiten Aktionstag gegen die Kürzungspolitik auf. Vor allem in südeuropäischen Ländern fanden Generalstreiks statt. In Deutschland folgten Gewerkschaften und soziale Bewegungen dem Aufruf und veranstalteten eine Vielzahl von Kundgebungen und Demonstrationen. In Hannover fand eine Kundgebung am Ernst-August-Platz statt.

Dazu erklärte Sabine Lösing, Mitglied

des Europäischen Parlaments und im Parteivorstand der Partei DIE LINKE. Solidarität:

„Zusammen mit meiner Partei DIE LINKE stehe ich an der Seite der Streikenden und der Protestierenden in ganz Europa. Die Kürzungspolitik schadet den Menschen und stürzt Europas Wirtschaft noch tiefer in die Krise.

Es ist gut, dass die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen europaweit gemeinsam gegen die Krisenpolitik auf-

stehen. Wir lassen uns nicht spalten. Denn nur wenn die Menschen europaweit zusammenstehen, kann der unsozialen Krisenpolitik etwas Wirksames entgegengesetzt werden.

Ich unterstütze die Forderung Oskar Lafontaines nach einem europaweiten Generalstreik. Mit einem europaweiten Generalstreik kann der europäische Sozialabbau gestoppt werden. Eine nachhaltige europäische Einigung kann so von unten entstehen.“

Vorausschau auf den Landesparteitag 2013

Unsere 1. Tagung des 4. Landesparteitages wird am 9. und 10. Februar 2013 in Hameln stattfinden. Vielen von euch wird der Veranstaltungsort, das Weserbergland-Zentrum, noch in Erinnerung sein. Wir waren dort bereits im November 2009 zu einem Parteitag zusammengekommen. Diskutiert wurden aus niedersächsischer Sicht die inhaltlichen Punkte für unser zukünftiges Parteiprogramm. Mit großer Mehrheit haben wir den „Wortbeitrag zur Programmdebatte“ verabschiedet. Jetzt erneut den Tagungsort in Hameln zu wählen ist dem Umstand geschuldet, dass wir lieber um Stimmen für uns für die Landtagswahlen werben, statt viel Zeit mit der Organisation an einem unbekanntem Tagungsort zu investieren. Genau aus diesem Grund haben wir den Parteitag, der turnusmäßig hätte bereits im November 2012 stattfinden müssen, auf einen Termin nach der Landtagswahl verschoben.

Der Ausgang der Landtagswahlen wird bestimmend sein für den Ablauf und den

Ausgang des Parteitages. Die 200 Delegierten haben die Aufgabe, das Wahlergebnis zu bewerten und daraus politische Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit unseres Landesverbandes zu ziehen. Die meisten Kreisverbände haben bis zum jetzigen Zeitpunkt ihre Delegierten noch nicht gewählt. Das allerdings ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Denn ihnen obliegt die Entscheidung über die Zusammensetzung des zukünftigen Landesvorstandes. Neben spezifischen landespolitischen Aufgaben wird er die Wahlkämpfe zur Bundestagswahl und zur Wahl für das Europäische Parlament zu meistern haben.

Ein lebhafter Parteitag lebt natürlich von der Einmischung nicht nur der Delegierten, sondern auch von den Kreisverbänden, den Landesarbeitsgemeinschaften und nicht zuletzt von jedem einzelnen Mitglied. Bis zum 11. Januar 2013 habt ihr die Möglichkeit Anträge einzureichen. Ich wünsche euch beim Wahlkämpfen bis dahin viele gute Ideen!

Wir sehen uns in Hameln, vorher schaffen wir den Wiedereinzug in den Landtag, damit Niedersachsen seine soziale Stimme behält!

Maren Kaminski



Wie weiter nach dem Wiedereinzug in den Landtag?

Wir kämpfen um den starken Wiedereinzug in den Landtag. Wenn wir das geschafft haben, feiern wir erst einmal. Wie geht es dann weiter?

Der weitere Fahrplan ist durch unsere Wahlprogramm, unsere Satzung und Beschlüsse des Landesvorstands festgelegt und sieht folgendermaßen aus.

Egal wie sich der neue Landtag nach dem 20. Januar 2013 zusammensetzt, laden wir für Samstag, den 27. Januar 2013 zu einem „Großen Ratschlag der Linken“ ein. Ähnlich wie beim Start unseres Wahlkampfes im Januar 2012 wollen wir dort vor allem zuhören. Eingeladen werden alle Einzelgewerkschaften und der DGB, Bürgerinitiativen aus dem Umweltbereich, der Arbeitslosen-, der Frauen- und anderer fortschrittlicher Bewegungen, der VVN und andere antifaschistische Kräfte – kurz alle, mit denen wir uns politisch verbunden fühlen. Sie bitten wir, an diesem Tag ihre Erwartungen an die neue Landtagsfraktion der LINKEN zu formulieren.

Die dortige Diskussion werden wir intensiv aus und legen gemeinsam auf unserem Landesparteitag am 8. und 9. Februar

die weitere politische Linie fest. Dieser Parteitag wählt außerdem den neuen Landesvorstand.

Es kann sein, dass das Wahlergebnis uns nicht so eindeutig wie das Wahlergebnis von 2008 die Rolle als linke Oppositionspartei zuweist. Wenn also beispielsweise die Kräfte links von der CDU zwar die Mehrheit bilden, aber innerhalb dieser Kräfte SPD und Grüne allein keine Regierung bilden können, haben wir alle muntere Tage und Wochen vor uns.

Entscheidungen in dieser Frage fällen weder Fraktion noch Landesvorstand und unser Parteitag auch nur für den Fall, dass die beiden anderen bisherigen Oppositionsparteien sich – wie in mehreren anderen Bundesländern – entscheiden, lieber gemeinsam mit der CDU oder gar der FDP zu regieren. Wenn die Beratungen des Parteitages darin münden sollten, dass er die Beteiligung an einer Koalition oder eine Tolerierung empfiehlt, tritt § 16,2 unserer Landessatzung in Kraft: „Eine Urabstimmung erfolgt ... bei der Frage über die Beteiligung an Koalitionen und die Tolerierung von Minderheitsregierungen auf Lan-

desebene.“ Der Parteitag legt also den Abstimmungstext fest und die Entscheidung dann in die Hände aller Mitglieder.

Kurz: Wer den Wahlkampf entscheidet, entscheidet auch unseren Umgang mit dem Ergebnis: Alle Mitglieder gemeinsam.

Manfred Sohn



Darum DIE LINKE wählen

Warum DIE LINKE in den Landtag wählen? Alle Erfahrungen zeigen: Ohne eine starke LINKE im Nacken ziehen SPD und Grüne in der Regierung die „kleinen Leute“ und damit die große Mehrheit der Bevölkerung über den Tisch – entgegen aller Wahlversprechen. Die niedersächsischen SPD-Regierungen haben Hochschulgebühren eingeführt. Im Bundestag hat die rot-grüne Schröder-Fischer-Regierung mit Hartz IV und Rentenkürzungen das größte Sozialabbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik durchgezogen. Gleichzeitig haben beide Parteien an große Unternehmen und Vermögende Steuergeschenke in Milliardenhöhe verteilt. Nun ist wieder Wahlkampf. SPD und Grüne haben ihre Wahlprogramme wieder mit sozialen Forderungen gespickt. Nur eine starke LINKE wird beide Parteien zwingen, sozialen Versprechungen auch Taten folgen zu lassen. Nur wenn DIE LINKE wieder in den Landtag einzieht, werden die Umfrage-mehrheiten für Mindestlöhne, gegen die Hartz-Gesetze, Rentenkürzungen und Privatisierungen eine unüberhörbare Stimme erhalten.

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

Unsere Ziele

Für ein soziales Niedersachsen

- ▶ Gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Beginnen wollen wir mit einem neuen Landesvergabegesetz. Danach darf das Land nur noch Aufträge und Zuschüsse an Firmen geben, die Tarife einhalten oder den Mindestlohn von zehn Euro zahlen.
- ▶ Leiharbeit in tarifliche Arbeitsplätze umwandeln. Beginnen wollen wir bei den Betrieben, an denen das Land beteiligt ist.
- ▶ Niedersachscard einführen: Bus und Bahn, Kultur und Sport zu Preisen, die sich alle leisten können.

- ▶ Gegen Hartz IV im Bundesrat vorgehen
- ▶ Strom-, Gas- und Wassersperren per Gesetz verbieten.

Für ein gerechtes Niedersachsen:

- ▶ Rentenkürzungen wie die Rente ab 67 sofort zurücknehmen.
- ▶ Eine dauerhafte Mindestrente von mehr als 1000 Euro. Um das zu bezahlen, wollen wir auch Vermögenseinkommen aus Mieten und Zinsen heranziehen und Freiberufler in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.
- ▶ Weiteren Sozialabbau durch die sogenannte Schuldenbremse stoppen. Unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer.
- ▶ Zusätzliche Steuerprüfer sollen Vermögenden und großen Unternehmen ins Portemonnaie fassen.
- ▶ Ein Gleichstellungsgesetz, das seinen Namen verdient. Noch immer sind Frauen in Spitzenpositionen von Unternehmen und Behörden die große Ausnahme.

Für ein gebildetes Niedersachsen:

- ▶ Gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Weiterbildung.
- ▶ Alle Studiengebühren sofort abschaffen.
- ▶ Schikanen gegen Integrierte Gesamtschulen sofort beenden.
- ▶ Krippenplätze für alle Kleinkinder.
- ▶ Ausbildungsabgabe: Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten, die nicht ausbilden, sollen zahlen.

Für ein demokratisches Niedersachsen:

- ▶ Keine Privatisierungen von kommunalen Einrichtungen; privatisierte Einrichtungen wie Krankenhäuser zurückkaufen. Für diese Rekommunalisierung muss das Land den Kommunen mit Geld unter die Arme greifen.
- ▶ Sparkassen und Genossenschaftsbanken gegen Großbanken und Hedgefonds verteidigen.

Aus dem Landesverband

- ▶ Bürgerwillen ernst nehmen: verbindliche Bürgerentscheide in den Kommunen.
- ▶ Verfassungsschutz abschaffen.

Für ein sozial-ökologisches Niedersachsen:

- ▶ Atommüll aus der Asse holen, Schluss mit einem Atomlager in Gorleben und Abschaltung aller Atomanlagen.
- ▶ Energiewende vor Ort mit Energiegenossenschaften und kommunalen Stadtwerken voranbringen, anstatt einseitig teuren Hochseewindstrom in langen Hochspannungsleitungen zu transportieren.
- ▶ Günstige Strom- und Gas-Tarife für KleinverbraucherInnen.
- ▶ Massentierhaltung stoppen.
- ▶ Förderung von Schiefergas durch Fracking verbieten, Trinkwasser schützen.

Für ein friedliches und weltoffenes Niedersachsen:

- ▶ Abschiebungen verhindern, unbefristetes Bleiberecht für Flüchtlinge.
- ▶ Aktiv gegen rechte Hetze und Gewalt.
- ▶ Militärflächen in Natur- und Gewerbeflächen umwandeln

www.wir-waehlen-links.de



für den Landtagswahlkampf 2013

DIE LINKE Niedersachsen
Konto: 590 606
BLZ: 250 501 80
Sparkasse Hannover
Kennwort: Spende

oder einfach online unter:
www.dielinke-nds.de/politik/spenden/

Aufruf zur Gründung eines Landesrates LINKE Frauen Niedersachsen

„Wir, weibliche Mitglieder der LINKE Niedersachsen, die heute (2.10.2012) zu einer Vollversammlung zusammengekommen sind, beschließen in einem Akt der Selbstermächtigung, einen Landesrat LINKE Frauen zu gründen mit dem Ziel, diesen als zentrale Frauenstruktur in die Satzung der Partei DIE LINKE Niedersachsen einzuschreiben.“

Wir tragen der Erfahrung Rechnung, dass es uns bisher zu wenig gelungen ist, dem programmatischen Anspruch der LINKEN,

eine sozialistische und feministische Partei zu sein, sichtbar – inhaltlich und personell – Nachdruck zu verleihen. (...)“

Vollständiger Wortlaut unter
www.dielinke-nds.de/politik/frauenpolitik

Die Gründung des Landesfrauenrates LINKE Frauen am 2.10.2012 war ein erster Schritt. Es wird jetzt darauf ankommen, an der Zustimmung für eine Satzungsänderung auf dem Parteitag zu arbeiten. Wir hoffen auf viele Diskussionen in den Kreisverbänden über den Stellenwert von Frauenpolitik der LINKEN – sicherlich auch ein Weg, um mehr Frauen für die LINKE zu gewinnen.

Jutta Meyer-Siebert

Ohne Druck von links bewegt sich nichts!

Lassen wir die fünfjährige Arbeit der Landtagsfraktion Revue passieren, kann man zunächst feststellen: Wir haben uns an unser Landtagswahlprogramm gehalten. Es gibt wohl keinen Abschnitt darin, den wir nicht in Form von Entschließungsanträgen, Gesetzesentwürfen oder Anfragen abgearbeitet haben.

Beim Thema Mindestlohn ist DIE LINKE zur Impulsgeberin geworden. Nachdem wir eine Änderung des Vergabegesetzes mit einem gesetzlichen Mindestlohn eingebracht hatten, folgte ein paar Monate später die SPD mit einem fast gleichlautenden Antrag. Durch den Einfluss unserer Politik haben die anderen beiden Oppositionsparteien sich zumindest äußerlich nach links entwickelt.

Roter Faden unserer Politik war die soziale Frage. Das betrifft unsere Forderungen nach Abschaffung der Studiengebühren, einem Sozialticket im öffentlichen Personenverkehr, einem Gehörlosengeld oder nach kostenloser Schülerbeförderung. Dazu gehört unser ständiges Drängen, die Krippenversorgung in Niedersachsen zu verbessern. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass Wohnraum

für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar wird.

Die Linksfraktion hat Skandale aufgedeckt und in der Debatte weiter zuge-spitzt. So gelang es uns beispielsweise, den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Asse-Skandal durchzusetzen. Dieses Instrument hätten wir auch bei der Aufarbeitung der Skandale um den früheren Ministerpräsidenten Christian Wulff gerne genutzt. Immerhin hat unsere Fraktion wesentlich dazu beigetragen, diese Periode der schwarz-gelben Regierungszeit zu entlarven und die Verfilzungen von Politik und Wirtschaft offenzulegen.

Keine Fraktion war so konsequent antifaschistisch wie die Linksfraktion. Jahrzehnte lang ist es nicht aufgefallen, dass ein großer Teil der früheren Landtagsabgeordneten ehemalige NSDAP-Mitglieder waren. Das hat DIE LINKE herausgefunden. Anschließend mussten die anderen Fraktionen klein beigeben und unsere Recherchen durch eine offizielle Untersuchung bestätigen.

DIE LINKE ist als einzige Partei nicht käuflich. Wir lassen uns nicht vom Groß-



kapital finanzieren, wir bekommen keine Geldspenden von der Allianz, wie CDU, FDP, SPD und Grüne – und wir lassen uns nicht mit Privilegien unsere Positionen abkaufen. Unsere Abgeordneten haben konsequent alle Diätenerhöhungen abgelehnt und die zusätzlichen Gelder, die uns dann doch überwiesen wurden, für soziale Zwecke gespendet. Wir haben auch klar gesagt, dass wir keinen Landtagsneubau wollen, wenn eine Sanierung kostengünstiger zu haben ist. Auch damit haben wir uns letztlich durchgesetzt.

*Euer Hans-Henning Adler
Fraktionsvorsitzender*

Buntes aus dem Landtag

Im Landtag werden nicht nur vorgefertigte Reden heruntergeleiert. Immer wieder kam es zu hitzigen Zwischenrufen und Streitgesprächen zwischen Abgeordneten, aber auch zu lustigen Situationen während der Debatten.

AUFGEREGTER ANFANG

Besonders aufgeregt war der Beginn im Jahr 2008. Die Linksfraktion war neu im Landtag und daran störten sich vor allem CDU und FDP. Kaum eine Rede unserer Abgeordneten verging, ohne dass hämische, gehässige oder polemische Zwischenrufe und Kommentare erfolgten. Die Mehrheitsfraktionen ließen es sich auch nicht nehmen, die Abgeordneten der Linksfraktion mehrfach mit Dreck zu bewerfen.

Inzwischen wird DIE LINKE von Schwarz-Gelb zwar immer noch nicht gemocht, aber doch als politisch ernst zu nehmender Gegner respektiert.

AUSVERSEHEN EINGEBÜRGERT

Das Thema „Einwanderung und Asyl“ sorgte nicht selten für hitzige Debatten. Innenminister Uwe Schünemann (CDU) zeigte sich stets als Hardliner, der lieber erst mal abschob und später Fragen stellte. Die Linksfraktion stellte sich dem Minister daher ein ums andere Mal verbal in den Weg und wurde wohl auch deshalb mehrfach Ziel von Anfeindungen. Dazu gehörte in einer Debatte ganz speziell Victor Perli als Sohn italienischer Eltern. Ihm gegenüber bedauerte es der Innenminister, dass er überhaupt eingebürgert worden sei, denn angeblich hätte es bei ihm im Vorfeld keine Überprüfung durch den Verfassungsschutz gegeben.

KAKOPHONISCHES MISSVERSTÄNDNIS

Heiterer Natur hingegen war ein kleines Missverständnis zwischen Kurt Herzog, dem umweltpolitischen Sprecher der Linksfraktion, und dem Landtagspräsi-

denten Hermann Dinkla. In einer Rede zum Atom Mülllager Asse sprach Herzog von einer Kakophonie zwischen verschiedenen Behörden.

Der Landtagspräsident schien den Begriff jedoch überhaupt nicht zu kennen, ordnete ihn anscheinend der Fäkalsprache zu und rügte den Abgeordneten daher, obwohl ein Kollege aus seiner eigenen Fraktion bereits richtig einwarf: „Das ist Griechisch und heißt Mehrstimmigkeit!“ Kurt Herzog fügte hinzu: „Es ist ein altgriechischer Ausdruck. Ich denke, wir können ihn verwenden. Er hat nichts mit einer braunen Masse zu tun.“ Das führte sowohl im Landtag, als auch am nächsten Tag in der Presse für viel Heiterkeit.



Spekulatius statt Spekulanten Mapping und „Gib acht“

Wahlen im Winter haben immer zwei Hemmnisse: erstens ist es bei widrigem Wetter schwer, die Mitglieder für den Straßenwahlkampf zu motivieren und zweitens sind die Menschen im Dezember kaum offen für Politik.

Der KV Aurich wird die Idee eines Auri-cher Genossen umsetzen und Tüten mit der Aufschrift „Spekulatius statt Speku-lanten“ verteilen, die wir mit Spekulatius und anderen weihnachtlichen Gaben fül-len werden. Der Vorteil dieser Aktion ist, dass sie auch von wenigen Mitgliedern je-derzeit, überall auch mal spontan durch-geführt werden kann.

Um möglichst viele Helfer für den Wahlkampf zu aktivieren, geht der KV Aurich neue Wege. Er setzt auf die Aktivie-rung durch „Gib acht“ und „Mapping“.

„Gib acht“ heißt, dass Vorstandsmit-glieder und SprecherInnen der Ortsver-bände jeweils sechs bis acht Personen anrufen und die Bildung von Fahrgemein-schaften unterstützen. Damit bewirken wir, dass auch die Mitglieder, die nicht

mobil sind, an Veranstaltungen, Aktionen und Info-Ständen teilnehmen können.

Ein besonderes Problem stellt wegen der weiten Wege und dem damit verbun-denen hohen Zeitaufwand in den „Flä-chengemeinden“ die Verteilung der Wahl-kampfmateriale dar. Mit Hilfe des Map-pings wollen wir „das Stecken“ auf mög-lichst viele Schultern verteilen. Wir sind davon überzeugt, dass viele GenossInnen mit kleineren Aufgaben mehr bewirken können als wenige mit zeitaufwändigen Aktionen. Bei 130 Mitgliedern müsste es so möglich sein, ca. 13 000 Zeitungen zu stecken, ohne dass jemand überfordert wird. Eine „Einsatzgruppe“ aus freiwilligen AktivistInnen wird dann weitere Briefkä-sen füllen.

Insbesondere „Gib acht“ und das „Mapping“ haben den nützlichen Neben-effekt, dass der Kontakt zu den Mitglie-dern gestärkt wird und dabei Wünsche und Anregungen, aber auch Kritik aufge-nommen und darauf reagiert werden kann.

Gregor Gysi zu Besuch in der Asse und in Wolfenbüttel

Remlingen/Wolfenbüttel. Am Donner-s-tag, 11.10.2012, besuchte Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LIN-KE im Bundestag, zusammen mit Doro-thée Menzner, energiepolitische Spreche-rin, sowie Diether Dehm, auf Einladung von Victor Perli die Schachanlage Asse. Als weitere Gäste konnten der umweltpo-litische Sprecher der Landtagsfraktion, Kurt Herzog, der Landesvorsitzende Man-fred Sohn, und die Landtagskandidatin und Gorleben-Aktivistin Kerstin Rudek be-grüßt werden.

Gysi wurde vom Präsidenten des Bun-desamtes für Strahlenschutz (BfS), Wolf-ram König, umfassend über die Problema-tik rund um die Schachanlage informiert.

Danach fuhr Gysi in das Bergwerk ein. Er machte deutlich, dass die Bergung der radioaktiven und chemotoxischen Abfälle beschleunigt und bürokratische Hürden durch ein zukünftiges Asse-Sondergesetz abgebaut werden müssen. Gysi betonte, dass geprüft werden muss, inwieweit die Profiteure der Kernenergie, die über Jahr-zehnte ihren Müll in der Asse günstig ent-

sorgt haben, an den Kosten der Bergung beteiligt werden können.

Einem Vertreter der Bürgerinitiativen, der forderte, dass die Endlagersuche bun-desweit erfolgen müsste, stimmte Gysi unumwunden zu. Er fügte an, dass die Wissenschaftler, die daran beteiligt wer-den, möglichst unabhängig sein müssen.

Gysi vertrat im Gespräch mit den Bür-gerinitiativen die Auffassung, dass die Einwohner der Region mehrfach betrogen wurden und er es verstehen kann, dass die Enttäuschung und Wut groß sind. Er kündigte an, dass er die Vorsitzenden al-ler Bundestagsfraktion zu einem Spitzen-gespräch zur Rückholung an einen Tisch bekommen will.

*Gerhard Schrader; André Owczarek
(gekürzt-raj)*



Aus den Kreisverbänden

Und last but not least: als besonderen Mo-tivationsschub gibt's zum Jahresende – wie schon im vergangenen Jahr – wieder unser gemeinsames Grünkohlessen für alle.

bs

Guter Start: Direktkandidat-Innen Landtagswahl 2013

WK	Name des Wahlkreises	DirektkandidatIn 2013
1	Braunschweig-Nord	Hanne Burmester
2	Braunschweig-Süd	Andre Patrick Fricke
3	Braunschweig-West	Ursula Weisser-Roelle
4	Peine	Manfred Sohn
5	Gifhorn-Nord/Wolfsburg	Thomas Schnell
6	Gifhorn-Süd	Harald Heuke
7	Wolfsburg	Pia Zimmermann
8	Helmstedt	Ulrich Engelke
9	Wolfenbüttel-Nord	Victor Perli
10	Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter	Berndt Roick
11	Salzgitter	Rainer Nagel
12	Osterode	Timo Rose
13	Seesen	Bernd Theuser
14	Goslar	Rüdiger Wohltmann
15	Duderstadt	Eckhard Fascher
16	Göttingen/Münden	Wolfgang Krumbein
17	Göttingen-Stadt	Patrick Humke
18	Northeim	Marianne König
19	Einbeck	Carl Otto Bleichert
20	Holzminde	Sabine Gólczyk
21	Hildesheim	Rita Krüger
22	Sarstedt/Bad Salzdetfurth	Patrick Johann Hoppe
23	Alfeld	Lars Leopold
24	Hannover-Dühren	Nicolas Lehrke
25	Hannover-Buchholz	Maren Kaminski
26	Hannover-Linden	Abdurrazak Yayar
27	Hannover-Ricklingen	Siegfried Seidel
28	Hannover-Mitte	Oliver Förste
29	Laatzen	Jessica Kauaden
30	Lehrte	Gülten Kelloğlu
31	Langenhagen	Stefan Baufeld
32	Garbsen/Wedemark	Sait Kelen
33	Neustadt/Wunstorf	Helmut Wiecezreck
34	Barsinghausen	Oliver Enste
35	Springe	Axel Seng
36	Bad Pyrmont	Frank Pook
37	Schaumburg	Renate Engemann
38	Harneln/Rinteln	Bernd Mex
39	Nienburg/Schaumburg	Torben Franz
40	Nienburg-Nord	Viktoria Kretschmer
41	Syke	Rudolf Dyk
42	Diepholz	Ulrich Vanek
43	Walsrode	Petra Schmitz
44	Sollau	Sven Köster
45	Bergen	Jörg Lehr
46	Celle	Yilmaz Kaba
47	Uelzen	Ria Nass
48	Elbe	Kerstin Rudek
49	Lüneburg	Michel Pauly
50	Winsen	Thomas Schubert
51	Seevetal	Axel Bittner
52	Buchholz	Herbert Schui
53	Rotenburg	Klaus Peter Heinbockel
54	Bremervörde	Tanja Eichfeld
55	Buxtehude	Benjamin Koch-Böhnke
56	Stade	Holger Dankers
57	Hadeln/Wesermünde	Guido Hagelstede
58	Cuxhaven	Jens Krauscheidt
59	Unterweser	Arnold Neugebohrn
60	Osterholz	Eva Schäfer
61	Verden	Ulrich Steinmeyer
62	Oldenburg-Mitte/Süd	Hans-Henning Adler
63	Oldenburg-Nord/West	Martin A. Michels
64	Oldenburg-Land	Veruschka Schröter-Voigt
65	Delmenhorst	Vedat Sevimli
66	Cloppenburg-Nord	Kreszenta Flauger
67	Cloppenburg	Michael von Klitzing
68	Vechta	Peter Parizsky
69	Wilhelmshaven	Jasmin Roos
70	Friesland	Anja Kindo
71	Wesermarsch	Thomas Bartsch
72	Ammerland	Bernd Kahlen
73	Bersenbrück	Swen Adams
74	Melle	Anke Kuhn
75	Bramsche	Manfred Brauner
76	Georgsmarienhütte	Peter Schmechel
77	Osnabrück-Ost	Giesela Brandes-Steggewentz
78	Osnabrück-West	Maik Schoske
79	Grafschaft Bentheim	Heinz von Wensiersky
80	Lingen	Karsten Stöber
81	Meppen	Heike Boldt
82	Papenburg	Christian Oberthür
83	Leer	Franziska Junker
84	Leer/Borkum	Ursula Stevens-Kimpel
85	Emden/Norden	Wilhelm Raveling
86	Aurich	Heiko Moll
87	Wittmund/Inseln	Heyo Busboom

Nordenham darf keine Atomdrehscheibe werden!

1. In großer Sorge um die Gesundheit und Unversehrtheit seiner Bürgerinnen und Bürger sprechen sich der Rat der Stadt Nordenham und der Kreistag des Landkreises Wesermarsch gegen den geplanten Umschlag von Mischoxid-Brennelementen und jeden weiteren Umschlag von radioaktiven Stoffen im Rhenus Midgard Hafen sowie gegen weitere Transporte von solchen Stoffen durch das Stadtgebiet und die Wesermarsch aus.
2. Sie appellieren an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an das Bundesamt für Strahlenschutz sowie die niedersächsische Landesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit als Atomaufsicht, die Genehmigung für den Umschlag der MOX-Elemente in Nordenham zu widerrufen und keine weiteren Genehmigungen für den Umschlag von Kernbrennstoffen in Nordenham mehr zu erteilen.
3. Sie fordern die niedersächsische Landesregierung auf, alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen um

Resolution zu den MOX-Brennelementen –

Transporte über Nordenham!

zu verhindern, dass der private Rhenus Midgard-Hafen in Nordenham als Umschlaghafen für radioaktive Stoffe genutzt und der Umschlag solcher Gefahrgüter noch ausgeweitet wird.

4. Nordenham darf keine Drehscheibe für internationale Atomtransporte, für den Umschlag brisanter, hochgefährlicher strahlender Güter sein und werden!

Soweit der Wortlaut der Resolution, die auf der gemeinsamen Sitzung des Rates der Stadt Nordenham und dem Kreistag des Landkreis Wesermarsch, am 17. September 2012, mit Stimmenmehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei beschlossen wurde.

Zu dieser Resolution gehört noch eine einseitige Begründung.

Eigentlich ein schöner Erfolg aller Wesermarsch-Menschen mit überregionaler Unterstützung, die dafür gekämpft haben. Aber eben nur eigentlich.

Was sagt man schließlich, wenn man erfährt, dass die Stadt Nordenham gerade so was wie ein „Selbstgespräch“ führt?

Geht es doch um einen RoRo-Anleger, der ihr selbst gehört, und den sie selbst an Rhenus Midgard verpachtet hat, zu Konditionen, die sie selbst bestimmen konnte. Wer nun erwartet, sicher hat die Stadtverwaltung als erstes das Gespräch mit Rhenus Midgard gesucht, um ihre Resolution umzusetzen, der kennt die Nordenhamer SPD noch nicht.

Ihre Entgegnung auf eine entsprechende Forderung unserer Linksfraktion: Niemals wird die SPD gegen die Nordenhamer Industrie handeln (in einer Mischung aus Empörung und Stolz)!

FEHLENTSCHEIDUNGEN LEBEN!

Gemeinsam mit weniger kurzfristigen Bürgern bereiten sich Umweltinitiativen aus der Region und mit überörtlicher Unterstützung auf den nächsten Transport vor, den die Stadt Nordenham ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern offensichtlich nicht ersparen möchte.

Ob sie das für Image-Pflege halten? Oder für Tourismus-Förderung? Ist so was heilbar?

Thomas Bartsch, Fraktionsvorsitzender

Göttingen Bündnis UmFAIRteilen ist sehr aktiv

Das lokale Bündnis in Göttingen besteht unter anderem aus Attac, Ver.di, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Bündnis Lebenswertes Göttingen und dem Runden Tisch Armes Göttingen. Es fordert eine dauerhafte Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe.

Am Freitag, 14.9.2012 gab es eine kleine Demo vor der Sitzung des Stadtrates. Damit wollten die Organisationen auf einen Antrag der Linken (unterstützt von der SPD) hinweisen, in dem die Stadt aufgefordert wurde, sich aktiv für eine Vermögenssteuer einzusetzen. Der Antrag fand eine Mehrheit im Rat.

Text: Matthias Voigt/Foto: Christian Mosewitzsch



Mitglieder des Bündnisses UmFAIRteilen (darunter einige der LINKEN) empfangen die Ratsleute vor der Sitzung mit Plakaten und Flyern

v.l. Patrick Humke, Matthias Voigt, Uli Eberhardt, Christoph Grzegorcek, Oliver Preuß, Gunnar Siebecke, Helmut Nebel, Dietmar Reitemeyer (alle LINKE oder GöLinke), Manfred Grönig (Pari), (von attac), Ulla Nier und ein eintreffender Ratscherr der Grünen.



Die TeilnehmerInnen der Kommunalpolitischen Konferenz der Landtagsfraktion am 6. Oktober vor dem Landtag. Auf der Mitgliederversammlung des Linken kommunalpolitischen Forums Niedersachsen im Anschluss hat sich auch die LAG Kommunalpolitik gegründet.

InteressentInnen zur Mitarbeit in der LAG melden sich bitte bei Marianne König. Vorläufig in den SprecherInnenrat eingesetzt: Thomas Bartsch, Michael Braedt, Christopher Cheesemann, Eckhard Fascher, Marianne König, Felicitas Weck. raj

Bildungs- und Teilhabepaket: Bürokratie statt Chancengleichheit

Vor gut zwei Jahren hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: Die Regelsätze insbesondere für Kinder, die unter Hartz IV leben müssen, sind grundgesetzwidrig. Die Politik musste nachbessern.

Im Bundestag fand sich eine Mehrheit, die der Meinung war, den Kindern sei am besten geholfen, wenn ein Bildungs- und Teilhabepaket geschnürt werde, dass den Kindern Gutscheine statt den Eltern Geld für ihre Kinder gibt. Heute ist erkennbar: Die Politik hat ein Bürokratiemonster geboren, dass den Kindern nur sehr begrenzt zugute kommt.

In Niedersachsen hat die Bundesregierung den Landkreisen und kreisfreien Städten wie z.B. Braunschweig über 65 Millionen Euro für Bildung und Teilhabe trotz Armut zur Verfügung gestellt. Tatsächlich erreicht haben die Kinder aber 2011 nur gut 25 Millionen Euro. Fast 40 Millionen sind bei den Kindern nicht angekommen. Im Landkreis Hameln-Pyrmont waren es über 880 000 Euro. Die Gründe dafür sind hausgemacht. Denn es ist Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte, erfolgreiche Politik gegen Kinderarmut selbst zu organisieren. Sie sind dabei ‚im

eigenen Wirkungskreis tätig‘. Sie können selbst entscheiden, ob viele Formulare auszufüllen und Strichlisten zu führen sind oder ob die Schwierigkeiten beim Betrieb der Schulmensen an den Ganztagschulen mitbedacht und effektive Lösungen gefunden werden.

In Hameln haben wir im Sommer angesichts dieser Zahlen bei der Schulleitung einer Grund- und Oberschule nachgefragt. Schnell stellte sich heraus: Die Schulleitungen wissen sehr genau, ob die Mittagsverpflegung bei den Kindern ankommt. Sie wissen, wie viele Anträge auf Unterstützung für den persönlichen Schulbedarf an ihrer Schule bewilligt werden und wie viel Kinder weniger Mittagsverpflegung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten.

In Hameln haben wir den Skandal, dass Kinder vorenthalten wird, was ihnen zusteht, energisch in die Öffentlichkeit getragen. Unser Ratsherr Peter Kurbjuweit erklärte: „Es kann nicht sein, dass die Verantwortung zwischen Jobcenter, Kreissozialamt und der Stadt Hameln als Schulträger hin und her geschoben wird. Die Beteiligten müssen sich an einen Tisch setzen, damit nicht die Kinder leiden und im

Leerstandssteuer soll verwaiste Innenstadt beleben

Die Bürger in Wolfenbüttel sind sich einig: die Innenstadt verliert zunehmend an Attraktivität; leerstehende Geschäftsräume prägen das Bild einer eigentlich schönen Fachwerkstadt. DIE LINKE im Rat will dem nun mit einer Steuer auf leerstehende Immobilien entgegenwirken. Denn bisher lohnt sich der Leerstand. Statt angemessener Mieten wird von steuerlichen Vorteilen profitiert. „Es kann sich also rein wirtschaftlich durchaus lohnen, eine leere Wohnung oder ein leeres Geschäft steuerlich abzusetzen, statt günstiger zu vermieten“, erklärt der Stadtratsabgeordnete Röpke. Eine Leerstandssteuer, dessen Höhe noch diskutiert werden müsse, greife als kommunale Sonderabgabe an dieser Stelle.

Philipp Zimmermann,

Foto: copyright Michael Ledema,



neuen Schuljahr kein Mittagessen bekommen.“

Der öffentliche Druck durch DIE LINKE hat gewirkt: Antragstellung und Bewilligung der Leistungen sind nun deutlich vereinfacht. Schon Ende September meldeten zwei Schulleitungen, gut 165 Kinder mehr erhalten an ihren Schulen das warme Mittagessen. Und die Presse meldete: „Es war vor allem DIE LINKE in Stadt und Kreis, die auf den Missstand aufmerksam gemacht hatte.“

Bernd Mex

DIE LINKE im Bundestag

Solidarität konkret



Jutta Krellmann
ist in der Links-
fraktion Sprecherin
für Arbeit und
Mitbestimmung

Foto:
Linksfraktion

Die Tour „Schluss mit dem Spardiktat – Für ein soziales Europa“ startete in Hannover. Gemeinsam mit Apostoles Kapsalis aus Griechenland und Nuria Lozano Montoya aus Spanien besuchten Mitglieder der LINKE den Betriebsrat bei Metro cash & carry. Es folgten Gespräche gemeinsam mit Bernd Riexinger und den internationalen Gästen mit dem DGB-Landesvorsitzenden Hartmut Tölle. Auch Vertreter von ver.di und der GEW waren dabei.

In Hannover besuchten über 120 Menschen die Veranstaltung im DGB-Haus. Mit den weiteren Veranstaltungen in Wilhelmshaven, Oldenburg, Göttingen, Salzgitter, Wolfsburg und Osnabrück erreichte DIE LINKE Hunderte interessierter Menschen.

Für eine sozial-ökologische Verkehrswende



Herbert Behrens
macht Verkehrs-
politik und ist
Obmann im
Unterausschuss
Neue Medien

Foto: privat

Die Politik der Regierungskoalition ist nicht geeignet, die verkehrspolitischen Herausforderungen zu bewältigen. Der bundes- wie landespolitische Ansatz, durch die Konzentration auf Großprojekte wie die A 39 oder die Y-Trasse die Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems zu erhöhen, wird von Verbänden und auch der Wissenschaft kritisiert. Milliarden Euro werden ohne verkehrspolitischen Nutzen versenkt. Gleichzeitig wird die Nahverkehrsversorgung in der Fläche weiter ausgedünnt, ganze Regionen drohen verkehrstechnisch abgehängt zu werden.

DIE LINKE stellt jetzt gemeinsam mit der Luxemburg-Stiftung ein Konzept für die sozial-ökologische Verkehrswende vor.

Lügen, Tricksen, Manipulieren Bericht aus Gorleben-Untersuchungsausschuss



Dorothee
Menzner
ist Mitglied im
Gorleben-Untersu-
chungsausschuss

Foto:
Linksfraktion

Der Endlagerstandort Gorleben ist gegen jede Vernunft und wider besseren Wissens im Rennen gehalten worden. Massive politische Einflussnahme und Manipulation sorgen noch heute dafür, dass die Bundesregierung den Standort Gorleben nicht aufgeben will.

Dorothee Menzner, Obfrau der Linksfraktion im Untersuchungsausschuss, sieht sich durch die Zeugenbefragung im Ausschuss bestätigt. Der Standort wurde von niedersächsischen Behörden aus rein politisch-opportunen Motiven ausgewählt und der Bund hielt fortan seine schützende Hand über das Projekt.

Die wissenschaftliche Begleitung war eine Farce. Man untersuchte „freihändig“ unter politischer Einflussnahme und der ständigen Beachtung der wirtschaftlichen

Interessen der Atomlobby. Atomkritische Wissenschaftler wurden kalt gestellt, auftauchende Zweifel mit Hilfe der Bürokratie vertuscht, verdreht, verleugnet oder zur Seite geschoben. Gasvorkommen unter Gorleben fanden deshalb genauso wenig Beachtung wie das brüchige und durchlässige Deckgebirge über dem Salzstock.

Dorothee Menzner fordert, dass „aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss sofort die richtigen Schlüsse zu ziehen sind.“ DIE LINKE hat ein Fünf-Schritte-Konzept zum weiteren Verfahren für eine sichere Atommüllverwertung vorgelegt. Demnach müssen alle Atomkraftwerke unverzüglich abgeschaltet werden, damit kein weiterer Atommüll produziert wird. Danach gilt es, in einem offenen, transparenten Prozess unter öffentlicher Beteiligung insbesondere von atomkritischen Stimmen das weitere Verfahren und ein Verwehrkonzept zu entwickeln. Erst wenn man soweit ist, könne man sich auf „standortunabhängige Kriterien verständigen und mit der Suche nach geeigneten Standorten beginnen“, sagt Menzner. Eines ist für sie dabei aber glasklar: „Gorleben kommt dafür nicht in Frage.“

Solidarische Rentenversicherung gegen Armut im Alter

Matthias W.
Birkwald ist
rentenpolitischer
Sprecher der
Linksfraktion

Foto:
Linksfraktion

Eine solidarische Rentenversicherung sichert den Lebensstandard und verhindert Armut im Alter. Nur DIE LINKE im Bundestag bekennt sich zu diesem Ziel. Matthias W. Birkwald hat für die Fraktion ein rentenpolitisches Konzept vorgelegt, das sich an fünf Grundsätzen orientiert.

Lebensstandard sichern

Das Rentenniveau darf nicht auf 41 Prozent sinken, sondern muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Die ungeordneten Abschläge für Erwerbsgeminderte müssen ebenso gestrichen werden wie die Rente erst ab 67.

Solidarische Rente einführen

Alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegen-



den, Erwerbslosen werden in die gesetzliche Solidarische Rentenversicherung einbezogen. Die Beitragsbemessungsgrenze muss in einem ersten Schritt angehoben werden und mittelfristig ganz entfallen.

Solidarausgleich stärken

Kindererziehungszeiten müssen auch für vor 1992 geborene Kinder in voller Höhe angerechnet, Beiträge für Langzeiterwerbslose müssen erneut geleistet, niedrige Entgelte aufgewertet werden.

Keine Rente unter der Armutsgrenze

DIE LINKE will eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente einführen, die sicherstellt, dass kein Mensch im Alter ein Nettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze hat.

Rente gerecht finanzieren

DIE LINKE will den schleichenden Ausstieg der Arbeitgeberseite aus der Altersvorsorge stoppen, wie er mit der Riester-Rente begonnen hat und durch die Pläne der SPD, die betriebliche Alterssicherung auszubauen, fortgesetzt werden würde.

Militärische Gewalt wird als zivile Hilfe dargestellt

Die Krise in der EU wird nicht nur dazu benutzt, um das neoliberale Wirtschaftsmodell zu verschärfen, sondern auch um das System militärischer Interventionen in aller Welt zu „verbessern“. Der Kommissionspräsident Baroso erklärte in seiner Antrittsschrift verblüffend offen, dass die EU Außenpolitik zum Ziel habe andere Länder mit „sanfter Gewalt“ dazu zu bringen die Interessen der EU zu bedienen.

Dass es jedoch nicht nur bei der bereits hinreichend verwerflichen „sanften Gewalt“ bleibt, zeigt ein Blick in den zur Zeit diskutierten Bericht des französischen konservativen Europaabgeordneten Arnaud Danjean zur Zukunft der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Darin wird eine massive Verstärkung des militärischen Eingreifens der EU am besten mit „robusten Mandaten“ (der Lizenz zum Töten) in immer mehr Gebieten der Welt gefordert.

Während die Existenzgrundlage vieler Menschen in Europa durch aufgezwungene Sparpolitik zerstört wird, macht die EU-Außenbeauftragte Ashton deutlich, dass sie für eine Stärkung der Rüstungsindustrie steht.

Das verlogene Gejammer aus den Waffenschmieden, dass die Staaten wegen der Krise viel weniger für Rüstung ausgeben und das Geraune der Politiker_innen, dass dies die Sicherheit Europas gefährde, erweist sich bei genauerem Hinsehen nur als eine neue Methode, um Finanz-

Die LINKE in Europa

spritzen und Förderungen der EU zu erhalten.

Kostendruck dient auch als Argument, um die militärische und zivil-militärische Zusammenarbeit mit der NATO und innerhalb der EU-Staaten zu verbessern und zu „effektiveren“.

Das im EU-Sprech als „pooling and sharing“ bekannte Verfahren ist eine Bedrohung der Demokratie. Denn dadurch kann nicht mehr nachvollzogen werden, welche Mittel aus welchem Land in welchem Konflikt eingesetzt werden. Unglaublich aber wahr: Die Bereitstellung der Technologie zur Betankung von Militärflugzeugen in der Luft während eines Kriegseinsatzes kann so als zivile Hilfe ausgewiesen werden.

Sabine Lösing

Griechenland – Wiege und Grab der Demokratie?

Im Zuge der Krisenpolitik sind mittlerweile Dinge im Gespräch, die nichts anderes als das Ende der Demokratie bedeuten. Schauplatz dieses Dramas ist Griechenland.

Dort hat das Elend ein für Europa im 21. Jahrhundert beschämendes Ausmaß angenommen – die Kürzungsdiktate der Troika lassen die griechische Wirtschaft schrumpfen, das Gesundheitssystem ist praktisch kollabiert, soziale Rechte werden immer weiter abgebaut – aber die Befreiung von der Steuerpflicht für griechische Reeder, diese unterhalten die weltweit größte Handelsflotte!, ist noch immer sakrosankt.

Als Bedingung für die Auszahlung der nächsten Tranche aus dem „Rettungspaket“ stand diese Woche die Verabschiedung eines weiteren 13,5Mrd. Euro schweren Kürzungspaketes durch das griechische Parlament an. Dieses sieht vor, die Renten erneut zu kürzen, das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre anzuheben und den Kündigungsschutz weiter zu lockern. Familien, die mehr als 18 000 Euro im Jahr verdienen, haben jetzt keinen Anspruch mehr auf Kindergeld. Und das bei annähernd so hohen Lebenshaltungskosten wie in Deutschland!

Nur wenige Tage vor der Abstimmung wurden Überlegungen der Eurozonen-Finanzminister bekannt, Griechenland auch ohne Zustimmung des Parlaments zur automatischen Umsetzung von Reformen zwingen zu wollen. Eingriffe in das Haushaltsrecht des griechischen Parlaments

durch die Kürzungsdiktate sind schon traurige Gewohnheit geworden. Aber die Überlegungen, seine Legislativrechte gleich ganz auszuschalten, stellen den vorläufigen Höhepunkt des autoritären Umbaus der EU dar. Ein Schelm, wer zwischen der Zustimmung zum Kürzungspaket und der angebotenen völligen Entmachtung des Parlaments einen Zusammenhang sieht.

Fazit: die Normalverdiener in Griechenland werden weiter geschöpft, während die Finanz-Oligarchie weiter absahnt. Die Regierungen in beiden Ländern scheren sich einen Dreck um soziale Gerechtigkeit und nehmen sogar das Ende der Demokratie in Kauf. Dagegen lehnen sich nicht „Die Griechen“ auf, wie Frau Merkel es formuliert, sondern jene Griechen, die mit ihrer Existenzgrundlage dafür bezahlen sollen. Ihnen gilt unsere Solidarität. *Diether Dehm*



Diether Dehm, schwärmend für die ganz besonderen Karikaturkunstwerke von Arno Funke, fasste sich ein Herz und fragte ihn, ob er ein Werk ganz speziell für DIE LINKE aus aktuellstem Anlass schaffen könnte. Und er wollte. Was aus all den Überlegungen und Ideen in der meisterhaften Umsetzung von Arno Funke nun geworden ist, seht Ihr hier. (Und wisst nun auch, warum da überall steht „Artwork & Idee: Arno Funke & Diether Dehm“.) Außerdem hat dies nun tatsächlich eine europäische Wirkung: Die in der Partei der europäischen Linken organisierten Parteien lieferten die entsprechenden landestypischen Figuren und Arno Funke verfertigt nun jeweils portugiesische, italienische, griechische Varianten. In Portugal war die auch schon im Einsatz und half Angela Merkel entsprechend zu begrüßen: <http://tinyurl.com/d9qhokx>
So kann man ein Schatzmeisteramt in der europäischen Linken auch ausüben ...

linksjugend [solid]

Zunehmend werden Hochschulen Ort für die Entwicklung neuer Kriegstechnik. Doch zunehmend formiert sich mit der Zivilklauselbewegung Widerstand gegen die Vereinnahmung der Universitäten durch das Militär.

Eine Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen, ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu forschen. Das setzt voraus, dass die Universität keine Drittmittelkooperationen mit Bundeswehr oder Rüstungsindustrie eingeht.

Die Idee der Zivilklausel ist nicht neu. 1986 wurde erstmals eine Zivilklausel in der Grundordnung der Universität Bremen eingeführt, mehrere Unis folgten. Die Idee stammt aus der Friedensbewegung als Teil der Politik der Abrüstung. Heute ergibt sich die Notwendigkeit von Zivilklauseln mehr noch aus den finanziellen Bedingungen der Hochschulen. Denn die Universitäten sind heute im größeren Maße abhängig von Drittmitteln.

Studium und Lehre werden nicht mehr vom Staat ausfinanziert, daher müssen die Hochschulleitungen neue Finanzquellen aufsuchen. Das entdecken

Zivilklauseln und die Militarisierung der Hochschulen

zunehmend Rüstungsunternehmen wie EADS für sich.

An den Hochschulen ist es möglich, solide Forschung günstig zu betreiben. Durch die Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen kann die Rüstungsindustrie ihre Kosten senken und wird somit durch öffentliche Mittel subventioniert.

Aber auch das Bundesministerium für Verteidigung investiert in manche Hochschulen das, wofür im Bildungsministerium angeblich kein Geld vorhanden ist. 2010 wurden über 2,5 Millionen Euro an verschiedenen Hochschulen gegeben.

Inzwischen regt sich der Protest von Studierenden. So stimmten Anfang 2012 in Frankfurt am Main 76% der Studierenden für eine Zivilklausel, die TU Darmstadt hat Mitte September eine Klausel in ihre Grundordnung aufgenommen.

Ein Argument gegen die Zivilklausel ist die Freiheit von Forschung und Lehre, die durch die Einführung angeblich beschränkt würde. Ebenso kann dieser Kritik widersprochen werden: Die Freiheit von Forschung und Lehre entbindet nicht von der Menschenwürde und Friedensfinalität.

Genauso oft wird angeführt, dass die Unabhängigkeit der Wissenschaft durch die Festlegung auf zivile und friedliche Forschung gefährdet wird. Dabei wird der Sachverhalt ins Gegen-

teil verkehrt: Indem sich der Staat aus der Verantwortung zieht, kommt es erst dazu, dass Unis sich stark abhängig machen.

Dennoch erfordert auch eine Zivilklausel immer ein aktives Arbeiten mit ihr. Es ist nicht selbstverständlich, was eine dem Frieden verpflichtete Wissenschaft ist. Auch ist die Verquickung von Militär und Forschung ist alles andere als offensichtlich.

Anne Geschonneck
(Bundesarbeitskreis Antimilitarismus und Frieden)



„Timo V. CC BY-NC-SA 2.0“

Flüchtlingslager Bramsche voll bis „Oberkante Unterlippe“?

Empört zeigt sich der Landessprecher_innen Rat der Linksjugend [solid] über diese Äußerung von Conrad Bramm, Leiter des Flüchtlingslager Bramsche und FDP Mitglied.

Für die zahlreichen Bewohner des Flüchtlingslagers machte Bramm auch noch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli verantwortlich, das die bisherigen Leistungen für Asylbewerber für menschenunwürdig erklärt hat. „In seinem Interview mit der NOZ lässt Herr Bramm die sozialen und materiellen Belange der betroffenen Asylsuchenden völlig außer Acht und unterstellt Ihnen per se nur aus einem finanziellen Interesse nach Deutschland gekommen zu sein. Mit

dieser Meinung gibt er Rechtspopulisten Rückenwind und verbreitet fremdenfeindliche Meinungen“, erklärt Landessprecher Dominique Mangelsdorf. Madeleine Steffen ergänzt: „Es ist zu vermuten, dass es sich dabei um wahltaktisches Kalkül der FDP handelt, welche ja ankündigte, sich mehr von ihrem Koalitionspartner, der CDU, emanzipieren zu wollen.“

Da kommen ausländerfeindliche Parolen von FDP-Mann Conrad Bramm, der auch Vorsitzender des Ortsverbandes Bramsche ist, gerade recht, um einen neuen verschärften Ton in der Ausländerpolitik zu bringen. Gerade vom rechten Rand könnte die FDP so Stimmen fischen.“



Rechtsanspruch auf Schutz für Frauen, die von Gewalt betroffen sind

40 Prozent aller Frauen in Deutschland erfuhren im Verlauf ihres Lebens mindestens einmal körperliche oder sexualisierte Gewalt. Rund 25 Prozent erlebten diese Gewaltformen durch Partner. Seit mehr als 30 Jahren bieten Frauenhäuser Hilfe und Schutz. Bis heute werden diese Hilfs- und Schutzeinrichtungen nur auf freiwilliger Basis durch Bund, Länder, Kommunen oder soziale Träger finanziert. Die Höhe richtet sich nach Kassenlage. In diesem Bereich wird meist zuerst gespart.

Alle von Gewalt betroffenen Frauen müssen Hilfe finden

Bisher sind von vornherein ganze Gruppen von Frauen, wie Schülerinnen, Studentinnen, Auszubildende oder Migrantinnen vom vorhandenen Hilfs- und Schutz-

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

angebot ausgeschlossen, weil sie keinen ALG II-Anspruch haben und die Kosten nicht selbst aufbringen können.

DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf Schutz

Gewalt gegen Frauen ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Die Bundesregierung muss endlich eine gesetzliche Grundlage für einen Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und umfassende Hilfe für alle von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder schaffen – unabhängig von ihrer Herkunft oder dem sozialen Status.

Die LINKE Bundestagsfraktion

NEIN zu Gewalt an Frauen Was können wir tun?

Am 25.11. 2012 wurden unter Beteiligung vieler linker Frauen wieder die Fahnen „frei leben – ohne Gewalt“ an Rathäusern und öffentlichen Plätzen von Frauengruppen auf Initiative von TERRE DES FEMMES gehisst. Die erfolgreichen Aktionen setzten wieder mit verschiedenen Schwerpunkten in vielen Städten ein Zeichen gegen Gewalt.

Bereits am 18. Oktober 2012, dem Europäischen Tag gegen Menschenhandel, startete TERRE DES FEMMES eine Kampagne zum Thema Verbesserung des Aufenthaltsrechtes für Opfer von Zwangsprostitution.

Denn das deutsche Recht bietet den Betroffenen derzeit kaum Möglichkeiten längerfristig in Deutschland zu bleiben. Die Bundesregierung kommt ihren menschenrechtlichen Pflichten nicht nach, diesen oftmals stark traumatisierten Frauen eine Lebensperspektive in Deutschland zu ermöglichen. Betroffene aus Nicht-EU-Staaten werden rechtlich als illegal eingereiste AusländerInnen behandelt. Nur wenn sie bereit sind, vor Gericht gegen die Täter auszusagen, können sie unter Umständen bis Ende des Strafverfahrens in Deutschland bleiben. Anschließend werden die Frauen in ihr Herkunftsland abgeschoben. Eine garantierte Opferentschädi-

gung oder psycho-soziale Betreuung im Heimatland erhalten sie nicht.

TERRE DES FEMMES kämpft gegen diesen Missstand an und bringt das Thema in die Öffentlichkeit! Es wird gefordert, dass Opfern von Zwangsprostitution ein unbefristeter Aufenthaltstitel erteilt wird, der unabhängig von ihrer Bereitschaft vor Gericht auszusagen gelten muss. Zusätzlich soll Betroffenen eine geeignete Betreuung und Entschädigung garantiert werden.

Die Kampagne kann mit einer Spende unterstützt werden! „Mit nur 5 Euro helfen Sie uns, 40 Postkarten mit unseren Forderungen zu verteilen!“ Quelle: TERRE DES FEMMES

Mehr zur Kampagne, den Überblick über die Lage der Betroffenen von Frauenhandel mit Daten und Fakten (PDF-Datei), die Begriffsbestimmungen, Zahlen und Daten zum Thema Frauenhandel sowie Informationen zum Aufenthaltsrecht beinhalten, sowie das aktuelle Forderungspapier, Unterschriftenaktion, Postkarten:

<http://frauenrechte.de/online/index.php/themen/frauenhandel/aktuelles/102-0-am-18-oktober-terre-des-femmes-kampagne-zur-verbesserung-des-aufenthaltsrechtes-fuer-opfer-von-zwangsprostitution.html>

Stark gekürzt von Nanni Rietz-Heering

Wir Frauen



**Gesucht! Gefunden:
Engagiert/Kreativ/
Weiblich**

Zum 2. Mal führt DIE LINKE im Rahmen der Nachwuchsförderung ein Mentoringprogramm durch. Es bietet politisch bereits aktiven und engagierten Frauen zwischen 18 und 35 Jahren die Möglichkeit, die Partei und ihre Politik umfassender kennenzulernen, um zukünftig mehr Verantwortung zu übernehmen. Das Programm läuft von Januar bis Dezember 2013. Es stehen 16 Plätze zur Verfügung, je Landesverband einer. Wir bieten den Teilnehmerinnen einen umfangreichen Einblick in die politische Praxis und die Möglichkeit, einer erfahrenen Politikerin bzw. einem erfahrenen Politiker (der Mentorin/dem Mentor) bei der Arbeit über die Schulter zu schauen. Das Programm wird durch Seminare der politischen Bildung ergänzt. Das Programm gliedert sich in: 1. den Austausch mit der Mentorin/dem Mentor, 2. Einheiten der politischen Bildung und Erlernen von politischem Handwerkszeug (Kommunikation und Zeitmanagement) 3. eine Praxisphase (ca. vier bis sechs Wochen). Jessica Kaußen aus Hannover absolvierte das Programm erfolgreich. Herzlichen Glückwunsch! Am Start steht nun mit Votum des Landesvorstandes für den zweiten Programmdurchlauf eine weitere junge Genossin aus Hannover. Wir gratulieren.

N.R-H

Termine

4. Dezember

10:30-17:00 Konferenz der Bundestagsfraktion: „Stress lass nach!“ Hannover
19:00 Dorothee Menzner macht mit Johanna Voß; eine Bilanz zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „erleben“ in Lüneburg

6. Dezember

19:00-22:00 Energie auch für jeden Geldbeutel mit Dorothee Menzner in Beustadt

7. Dezember

18 -20 Aktion „Use your voice“, mit Tina Flauger und kirchliche Jugendverbände.
18:00-21:00 Hibakuscha-Film mit Dorothee Menzner in Salzgitter

8. Dezember

Nikolausaktion in Braunschweig mit Ursula Weisser-Roelle
Landesvorstand im Freizeithaus Vahrenwald, Hannover

9. Dezember

11:30-14:30 Podiumsdiskussion mit Marianne König und dem Bund der Katholischen Jugend, Rulle/Wallenhorst
19:00-22:00 Gedenkveranstaltung für Peter Vogel mit Dorothee Menzner und Diether Dehm in Delmenhorst

10. bis 12. Dezember

Fraktion vor Ort – Gute Arbeit – Gute Pflege mit Kathrin Senger-Schäfer und Dorothee Menzner in [Ost]Friesland

12. Dezember

10:00-12:00 Jugendpressekonferenz in Braunschweig mit Manfred Sohn

14. Dezember

Infotag in Cuxhafen mit Pia Zimmermann,
16:00 – 18:00 Podiumsdiskussion „orschutz“ mit Marianne König in Hannover,
19:00 Dorothee Menzner macht mit Johanna Voß eine Bilanz zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „erleben“ in Braunschweig

15. Dezember

Wohnungspolitische Konferenz DIE LINKE Göttingen mit Ursula Weisser-Roelle
Aktionstag Wendland mit Katja Kipping und Kerstin Rudeck
Aktionstag Lüneburg mit Dietmar Bartsch
11:00 - 17:00 Sitzung des Landesvorstands, Hannover

17. Dezember

19:00 Dorothee Menzner macht mit Johanna Voß eine Bilanz zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „erleben“ in Göttingen

4. Januar

19:00 „Schlapphut-Knarre-Hakenkreuz: Alles in bester Verfassung“ mit Patrick Humke und Pia Zimmermann in Göttingen

6. Januar

Bernd Riexinger im Seehotel Dock, Bad Bederkesa

8. Januar

Lesung mit Wladimir Kaminer und Patrick Humke in Göttingen

9. Januar

19:00 Manfred Sohn im DGB-Wahlforum in Peine
Dietmar Bartsch in Oldenburg

19:00 Gregor Gysi befragt Harry Rowohl in Hannover

19:30 Matthias Birkwald, MdB referiert in Aurich zum Thema „Rente“

10. Januar

Gregor Gysi auf dem Bürgerabend der Bundestagsfraktion, Hannover

11. Januar

16:00 Podiumsdiskussion der „Mobile Fabianer“ mit Pia Zimmermann, Wolfsburg
10:00-13:00 Jugend debattiert mit Spitzenkandidaten im Landtag Hannover u.a. mit Manfred Sohn

19:00 „U-Fiskalpakt stoppen“ mit Michael Schlecht, Patrick Humke und in Zusammenarbeit mit dem Europabüro von Sabine Lösing in Göttingen

14. Januar

Sahra Wagenknecht, Diether Dehm, Alexis Tsipras im „aust“ Hannover

15. Januar

19:00 Ursula Weisser-Roelle, Sahra Wagenknecht, Diether Dehm Veranstaltung der Braunschweiger Initiative für eine andere Politik

18:00 Podiumsdiskussion in der VHS in Peine mit Manfred Sohn

16. Januar

Sahra Wagenknecht in Emden

20. Januar: WÄHLEN gehen!

09. bis 10. Februar

Landesparteitag in Hameln

14. Februar

Politischer Aschermittwoch mit Diether Dehm in Aurich

*Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt,
ist nicht tot. Er ist nur fern.*

Tot ist nur, wer vergessen wird.

Immanuel Kant

IN ERINNERUNG

Kerstin Bojarra KV Northeim

Wilfried Ganguin KV Rotenburg/ Wümme,

Bernd Höpken KV Oldenburg

Horst Kröger KV Heidekreis

Marlies Leunig KV Goslar

Heinz-Jürgen Vogel KV Delmenhorst

Was war? Was bleibt?

Klaus Ernst, Thomas Händel und Katja Zimmermann haben zum 5. Geburtstag der Partei Die Linke ein Buch mit dem Titel „Was war? Was bleibt?“ herausgegeben. Untertitel: „Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE“.

Die Geschichte der WASG wurde hier gut lesbar dokumentiert. Auf 208 Seiten werden Gespräche zur Historie mit Sabine Lösing, Christine Buchholz, Herbert Schui, Axel Troost, Klaus Ernst, Ralf Krämer, Thomas Händel, Anny Heike, Joachim Bischoff, Peter Vetter und Lothar Bisky veröffentlicht.

Buchvorstellung und Diskussion mit
Klaus Ernst, Volker Schneider & Oskar Lafontaine

7. Dezember 2012,
Friedrichsthal, 19:00 Uhr,
Rechtsschutzsaal, Hofstraße 49

Klaus Ernst & Hüseyin Aidyn

12. Dezember 2012

Duisburg-Kasselerfel, 19:00 Uhr,
Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32

Es soll auch darüber diskutiert werden, wie DIE LINKE für GewerkschafterInnen und für ArbeitnehmerInnen wahrnehmbarer werden kann.

ISBN: 978-3-89965-522-3,

Preis: 12,80 Euro

N.R-H



IMPRESSUM

Herausgeber:

DIE LINKE Landesvorstand Niedersachsen

Redaktion:

Titel, Schwerpunkt, Frauen: Nanni Rietz-Heering

Bundestag: Herbert Behrens

Landtag: Christian Degener

Jugend: Philipp Zimmermann

Landesverband, LAG: Blanka Seelgen

Kreisverbände, Kommunalpolitik: Ralf Jürgens

Europa, Termine und Produktion: Elke Höher

V.i.S.d.P.: Herbert Behrens

Redaktionsanschrift:

LINKESFORUM, DIE LINKE.

Niedersachsen, Gosseriede 8, 30159 Hannover

E-Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

Layout, Druck und Vertrieb: GNN-Verlag GmbH,
Venloer Straße 440 (Toskana-Passage), 50825
Köln, Tel.: 0221-21 16 58, Fax: 0221-21 53 73

„Es ist etwas Besonderes Linke Unternehmerin oder Unternehmer zu sein.“

aus den LAGs

LF: Warum gibt es die LAG Linke Unternehmer/-innen überhaupt?

JS: In Niedersachsen gibt es rund 330 000 Betriebe, davon sind 292 000 Betriebe mit weniger als 9 Beschäftigten am Markt tätig. Wenn man dann noch schaut, dass in der BRD ca. 6 bis 7 Mio. Menschen in selbstständiger Erwerbstätigkeit eingebunden sind und ein großer Teil davon in prekären Verhältnissen lebt, erscheint es uns notwendig, dass sich diese Gruppe durch DIE LINKE mitvertreten fühlt. Insbesondere.

LF: Links und Unternehmer zu sein, passt das überhaupt zusammen?

JS: Das ist eine Frage, die uns sehr oft gestellt wird. Es war scheinbar immer etwas Besonderes Unternehmer oder Unternehmerin bei den Linken zu sein. Wir fühlen uns aber in der Tradition großer Unternehmer, die schon für die gemeinsame linke Aufgabe gearbeitet haben. Friedrich Engels und August Bebel waren da unsere Vorreiter. Natürlich arbeiten wir um Gewinne zu realisieren, damit unsere Mitarbeiter und wir selbst gut leben können. Der Punkt ist: Wir wollen soziale Gerechtigkeit auch für Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir erleben zurzeit einen Kapitalismus, der kleinen und mittleren Unternehmen immer weniger Handlungsfreiheit lässt und dafür Großbetriebe und Konzerne unterstützt und von vielen Regeln befreit.

LF: Was sind die Herausforderungen, vor denen Ihr als LAG steht?

JS: Niedersachsen ist ein typisches Flächenland und wir haben Probleme, uns bei ca. 30 Mitgliedern und Freunden regelmäßig zu treffen. Ein großer Teil unserer Mitglieder ist in Kreisverbänden oder Kommunalmandaten eingebunden und findet kaum Zeit für irgendeine andere politische Tätigkeit. Da heißt es nur als LAG zu wachsen und daran zu arbeiten, dass mehr Genossinnen und Genossen hier Ihr Tätigkeitsfeld bei uns finden.

Ansonsten schreit es danach, sich gegen die verfehlte Steuerpolitik und das ungerechte Abgabensystem zu stellen. Das Steuersystem muss zum Vorteil der kleinen und mittelständischen Unternehmen umgebaut werden. Senkung der Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Dienstleis-

Das Linke Forum im Gespräch mit Joachim Sturm, LAG Linke Unternehmerinnen/Unternehmer Niedersachsen



tungen auf 7 % wäre da der erste Schritt. Neue Märkte und damit neue Arbeitsplätze sind durch die Einführung von freier Software für niedersächsische IT-Dienstleister zu erschließen. Wir haben Vorschläge für eine Handwerksreparaturoffensive in unserem Parteiprogramm festgeschrieben und das alles gilt es umzusetzen.

LF: Was habt Ihr denn bis jetzt sichtbar erreicht?

JS: Wir haben bei allen programmatischen Aussagen der LINKEN Impulse setzen können. Programmvorschläge unserer LAG finden sich in Aussagen unserer Fraktion im Landtag wieder.

Des Weiteren wird unser Beratungspool in unternehmerischen Fragen gern von Mitgliedern in Anspruch genommen. Von „Wo kann ich Geld für die Firmengründung bekommen bis zu klassischen IT-Fragen“ war alles dabei.

LF: Was soll denn 2013 passieren?

JS: Wir haben insbesondere für unsere Arbeit die Verbesserungen der regionalen Wirtschaftsstrukturen in Niedersachsen in den Mittelpunkt gestellt, d. h. Themen wie öffentliche Auftragsvergabe und die Gründung von Absatzgenossenschaften auf dem Land.

LF: Gibt es noch etwas Besonderes an unserer Leser?

JS: Wir freuen uns, wenn unsere Mitglieder uns in unternehmerischen Fragen fordern und unsere Kompetenz bei Bedarf abrufen. Natürlich hoffen wir, dass sich noch Unternehmerinnen und Unternehmer aus unserer Partei zur kreativen Mitarbeit einfinden.

LAG Konkrete Demokratie – soziale Befreiung

Neben verschiedenen LAG's in den Bundesländern gibt es die BAG Konkrete Demokratie – soziale Befreiung. Wir führen für alle offene Veranstaltungen durch, in denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit theoretischen und praktischen Themen befassen.

Am 21. Oktober 2012 führte die LAG Niedersachsen eine Veranstaltung zum Thema „Schuldenbremse, Fiskalpakt, Kommunalfinanzen“ mit dem Referenten Manfred Sohn durch.

Zu den Themen „Begriffe im politischen Kampf“, „Europäische Auswirkungen des Kreditverbots“, „Auswirkungen des Kreditverbots in der BRD“ sowie „Kommunale Gegenwehr zum Kreditverbot“ trug Manfred Sohn aufklärende und interessante Fakten vor. Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion, die sich besonders auf die praktischen Auswirkungen in der Kommunalpolitik bezog.

Die BAG „Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung“, in der die LAG Mitglied ist, führt jedes Jahr im Januar eine „Winterschule“ und im August eine „Somerschule“ – in der Regel in Erfurt – als mehrtägiges Seminar durch. Themengebiete sind Philosophie, Internationale Politik, Wirtschaft. Die Themen, die mit den Mitgliedern der AGs abgestimmt werden, werden öffentlich angekündigt und Lektüreempfehlungen zur Vorbereitung unterbreitet.

Die Ergebnisse werden als Beilageheft in den monatlich erscheinenden Politischen Berichten des Vereins für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation bzw. im Internet veröffentlicht.

Die Landes AG plant für den 17. März 2013 die nächste Veranstaltung in Hannover zum Thema „Internationale Politik – die Vereinigten Staaten in Obamas zweiter Amtsperiode“.

Edith Bergmann



DIE LINKE. Kontaktadressen in Niedersachsen

Abkürzungen: KV = Kreisverband, LV = Landesverband, LAG = Landesarbeitsgemeinschaft

DIE LINKE.Niedersachsen

Landesverband und Landesvorstand

Goseriede 8, 30159 Hannover
Tel (0511) 9 24 59 10, Fax (0511) 9 24 59 11
Mail: landesbuero@dielinke-nds.de
www.dielinke-nds.de
Geschäftszeit: Mo.-Fr. von 11.00 - 15.00 Uhr
Konto: 590 606, Sparkasse Hannover, BLZ: 250 501 80

Landesausschuss (über LV)

Landesschiedskommission (über LV)

Landesinfo-Redaktion

Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

DIE LINKE. in den Kommunalparlamenten

Kommunalpolitisches Forum Niedersachsen
www.lkfn.de/

KV Aurich

Marktstr. 19, 26603 Aurich, Tel (04941) 9 73 78 60
Mail: kreisvorstand@dielinke-aurich.de

KV Braunschweig

Wendenstr. 51/52, 38100 Braunschweig,
Tel (0531) 4 80 37 22, Fax (0531) 4 80 37 23,
Mail: kontakt@die-linke-bs.de

KV Celle

Birgit Meier, Rehbockstr. 3, 29225 Celle,
Tel (05141) 4 68 22, ail: birgit-meier@online.de

KV Cloppenburg

Michael von Klitzing, Itlissr. 8, 49661 Cloppenburg,
Tel (04471) 35 40, Mail: michael@klitzing.de

KV Cuxhaven

Warthestr. 3, 27474 Cuxhaven, Tel (04721) 43 76 34,
Mail: guido.hagelstede@dielinke-cuxhaven.de

KV Delmenhorst über Landesgeschäftsstelle

KV Diepholz

Ingo Waschner, Bei den Meierhöfen 12,
49419 Wagenfeld, Tel (05444) 99 49 38,
Mail: ingo_waschner@web.de

KV Emden

Günther Volkman, Stavorenweg 25, 26721 Emden,
Tel (04921) 4 44 73, Mail: guenther@conrebbi.de

KV Emsland

Wilfried Gödeker, Hünensand 16,
49716 Meppen, Tel (05932) 6 97 26
Mail: wilfried.goedeker@ewetel.net

KV Friesland

Anja Kindo, Nibelungenstr. 12 a, 26419 Schortens, Tel
(04461) 9 47 93 64,
Mail: anja.kindo@dielinke-friesland.de

KV Gifhorn

Celler Str. 63, 38518 Gifhorn, Tel (0175) 9 79 80 37,
Mail: tomschnell@gmx.com

KV Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstr. 2,
37073 Göttingen, Tel (0551) 49 56 66 80,
Mail: kreisverband@dielinke-goettingen.de

KV Goslar

Kniggenstr. 4, 38640 Goslar, Tel (05321) 30 34 54,
Mail: die-linke-goslar@t-online.de

KV Grafschaft Bentheim

Heinz von Wensiersky, Am Wasserturm 5,
48455 Bad Bentheim, Tel (0174) 4 20 42 05,
Mail: heinz@von-wensiersky.de

KV Hameln-Pyrmont

Domeierstr. 6, 31785 Hameln, Tel (05151) 9 96 47 78,
Mail: dielinke-hm-py@gmx.de

KV Hannover

Goseriede 8, 30159 Hannover,
Tel (0511) 44 40 19, Fax (0511) 44 40 29,
Mail: vorstand@die-linke-region-hannover.de

KV Harburg-Land

Bahnhofstr. 8, 21423 Winsen/Luhe,
Tel (04171) 7 88 29 70, Mail:
kv@dielinke-harburg-land.de

KV Heidekreis

Andreas Kuhn, Saarlandstr. 3, 29614 Soltau,
Tel (05191) 23 33, Mail: andreas.thomas.kuhn@web.de

KV Helmstedt

Postfach 1422 38350 Helmstedt, Tel (05351) 53 60 54,
Mail: die-linke-helmstedt@gmx.de

KV Hildesheim

Willi-Plappert-Str. 12, 31137 Hildesheim,
Tel (05121) 2 81 31 61,
Mail: vorstand@dielinke-hildesheim.de

KV Holzminden

Achim Bartels, Immenweg 12,
37603 Holzminden, Tel (05531) 6 08 93,
Mail: dielinkeholzminden@googlemail.com

KV Leer

Charlotte Lenzen, Emsstr. 22, 26810
Westoverledingen, Tel (04961) 66 99 37,
Mail: lenzen@dielinke-leer.de

KV Lüchow-Dannenberg

Klaus Reizig, Georgstr. 11, 29439 Lüchow,
Tel (05841) 9 37 98 92, Mail: k.reizig@gmx.de

KV Lüneburg

Altenbrückertorstr. 2, 21335 Lüneburg,
Tel (04131) 2 84 33 46,
Mail: vorstand@dielinke-lueneburg.de

KV Nienburg

Viktoria Kretschmer, Stuttgarter Str. 21,
31582 Nienburg, Tel (05021) 92 06 66
Mail: vika@viktoria-kretschmer.de

KV Northeim

Carlo Bleichert, Neue Str. 20,
37581 Bad Gandersheim, Tel (05382) 26 08,
Mail: carlo.bleichert@t-online.de

KV Oldenburg

Kaiserstr.19, 26122 Oldenburg, Tel (0441) 8 61 62,
Fax (0441) 8 62 09, Mail: kontakt@die-linke-oldenburg.de

KV Oldenburg-Land

Holger Gerdas, Bulder-Berg-Weg 12, 26209
Hatten, Tel (04482) 98 00 63, Fax (04482)
98 08 64, Mail: info@dielinke-oldenburg-land.de

KV Osnabrück

Johannisstr. 12, 49074 Osnabrück, Tel (0541) 75 04 96 76,
Fax (0541) 75 04 96 74, Mail: info@dielinke-osnabrueck.de

KV Osterholz

Marktplatz 8, 27711 Osterholz-Scharmbeck,
Tel (04791) 9 65 25 47, Mail: kreisverband@die-linke-ohz.de

KV Osterode

Ilyas Cangöz, Grubenhagenstr. 2, 37412 Herzberg,
Tel (05521) 99 98 62, Mail: ilyas.cangoez@dielinke-osterode.de

KV Peine

Lindenstr. 34, 31224 Peine, Tel (05171) 73 92 66 60,
Mail: info@die-linke-peine.de

KV Rotenburg (Wümme)

Peter Pflöging, Zum Eichenkuller 5, 27412 Rotenburg
(Wümme), Tel (04283) 476, Mail: dl-rolw-ppflöging@email.de

KV Salzgitter

Berliner Str. 49, 38226 Salzgitter, Tel (05341) 7 90 56 50
Mail: linkesz@googlemail.com

KV Schaumburg

Renate Engelmann, Mittelstr. 13, 31737 Rinteln,
Tel (05751) 9 24 45 54, Mail dielinke-shg@socapra.de

KV Stade

Friedhelm Maas, Ferdinandstr. 13, 21614 Buxtehude,
Tel (04161) 73 64 57, Mail: friedhelm.maas@googlemail.com

KV Uelzen

Corinna Kammermeier, Breite Str. 1, 29594 Soltendieck,
Tel (05842) 98 18 70 Mail: cora@biotop-muessingen.de

KV Vechta

Ralf Kache, Bahnhofstr. 22, 49393 Lohne,
Tel (0172) 4 20 32 36, Mail: ralf.kache@googlemail.com

KV Verden

Bernward Nüttgens, Drübbler 4, 27313 Dörverden,
Tel (04234) 9 40 56, mail@druebberholz.de

KV Wesermarsch

Francis Hope, Bernhardstr. 7, 26954 Nordenham,
Tel (04731) 71 44, Mail: francis.hope@dielinke-wesermarsch.de

KV Wilhelmshaven

Kurze Str. 14, 26382 Wilhelmshaven, Tel (04421) 1 81 54 86,
Mail: info@dielinke-whv.de

KV Wittmund

Bernd Mayer, Ginsterweg 5, 26487 Neuschoo,
Tel (04975) 77 96 91, Mail: eoipso_bernd_mayer@gmx.net

KV Wolfenbüttel

Fischerstr. 19b, 38300 Wolfenbüttel, Tel (05331) 7 10 70 06,
Mail: info@dielinke-wf.de

KV Wolfsburg

Laagbergstr. 55, 38440 Wolfsburg, Tel (05361) 3 06 95 50,
Fax (05361) 3 07 02 73, Mail: kontakt@die-linke-wob.de

Landesarbeitsgemeinschaften

LAG Landwirtschaft, Ernährung & Verbraucherschutz

Michael Huffer, michael.huffer@die-linke-hildesheim.de
www.lag-lev.dielinke-nds.de

LAG Grundengkommen

Wilfried Graf, emden-willy@web.de

LAG Bildungspolitik

Maren Kaminski, maren.kaminski@dielinke-nds.de

LAG Kommunalpolitik

Marianne König, marianne.koenig@lt.niedersachsen.de

LAG Kultur

Arnfred Stoppok, arnfred.stoppok@gmx.de

LAG Rote Reporter/Medien

Hartmut Rosch, hartmut.rosch@ewetel.net

LAG Innere Politik

Rosemarie Heims, info@ra-heims.de

LISA

Rosemarie Heims, info@ra-heims.de

LAG Wirtschaftspolitik

Ulrich Steinmeyer, info@ulrichsteinmeyer.de

LAG Linke selbstbestimmte Behindertenpolitik

Uwe Wypior, u.wypior@web.de

LAG Linke Unternehmerinnen und Unternehmer

Joachim Sturm, joachim.sturm@gmail.com

LAG Soziales

Agnes Hasenjäger, h.agnes@gmx.de

LAG Konkrete Demokratie, soziale Befreiung

Michael Ohse, sms.ohse@t-online.de

LAG Umwelt – Energie – Verkehr

Anke Schneider, umwelt-lp-nds@t-online.de

LAG Antifaschismus/Rechtsextremismus

Carlo Bleichert, carlo.bleichert@t-online.de

LAG Betrieb und Gewerkschaft

Manfred Kays, manfredkays@googlemail.com

LAG Senioren

Hannelore Profus, h-profus@t-online.de

LAG AKL

akl-nds-lspr@listi.jpberlin.de

LAG Asyl, Migration, Rassismus

franzi@die-linke-oldenburg.de

LAG Ökologische Plattform

Rolf Köhne, rolf.koehne@acor.de

Landesbildungskommission

heike.boldt@dielinke-nds.de

Strömungen:

Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog

Andreas Schlegel
sozialist@dielinke-wtm.de

Kommunistische Plattform

Dieter Vogel-Armbruster, roter_vogel@t-online.de

Forum Demokratischer Sozialismus

Susanne Koch, kontakt@fds-niedersachsen.de
www.fds-niedersachsen.de

Sozialistische Linke

Dirk Machentanz, dirk.machentanz@gmx.net

parteinahne Einrichtungen:

Linksjugend [solid] Niedersachsen

Philipp Popp, info@solid-niedersachsen.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V.

kontakt@rls-nds.de

**Redaktionsschluss für
die nächste Ausgabe:
20. Januar 2013**